

Zitate aus Gabor Steingart "Die unbequeme Wahrheit" – Rede zur Lage der Nation

Immer wieder gibt es in der Weltgeschichte stolze Nationen, die ihre Zukunft verpasst haben, wie man einen Zug verpassen kann. Aus Unschlüssigkeit. Aus Trödelei. Weil man abgelenkt ist. Weil man in der Annahme lebt, das sei zwar ein Zug, aber noch nicht der eigene. (S. 6-7)

In der Krise war Angela Merkel dichter bei Mao als bei sich selbst: »Wir sind verpflichtet«, sagte der große Führer der Kulturrevolution, »das Volk zu organisieren.« Jetzt keine Diskussionsorgien, fügte eine gestrenge Kanzlerin hinzu. (S. 11)

Unser Staat ist nach Corona nichtmehr der alte. Er hat sich selbst ermächtigt. Er will sich spüren. Er möchte wieder Herr im Hause sein. Der Ausnahmezustand ist sein neues Lebenselixier. (S. 14)

Wir erleben die erste Krise der Bundesrepublik, die nicht in erster Linie eine medizinische, auch nicht eine außenpolitische oder ökonomische ist, sondern eine intellektuelle. Denn ausgerechnet auf dem Hochplateau seines Wohlstandes weiß das Land nicht, was es will. Der Bauch ist geweitet, doch der Kopf wirkt wie entleert.

Deutschland hat keine Idee davon, in welcher Zukunft es leben möchte.

Orientierungslos treibt Europas größte Volkswirtschaft auf dem Weltmeer wie ein Schiff, dessen Anker sich im Sturm losgerissen hat. (S. 49)

Die Koalitionsregierungen des vergangenen Jahrzehnts konnten unser Leiden an der Gegenwart nicht lindern. Sie verkörpern das Problem, das sie hätten lösen sollen. Erschöpft von immer neuen Rangordnungskämpfen, die nicht zu verwechseln sind mit der geistigen Auseinandersetzung um Alternativen, haben sie den Bezug zu ihren Aufgaben verloren. (S. 51)

Unsere Zeitungen sprechen vom »Aufstieg der Populisten«, aber das ist oberflächlich gedacht. Der Populist lebt im gleichen Haus wie wir. Die Zukunftsverweigerung der etablierten Parteien hat eine Gewitterlage geschaffen, die auf Entladung drängt. Kaum ist der Ausnahmezustand, den das Virus ausgelöst hat, beendet, spielt die politische Klasse wieder die alten Spiele. Sie streitet nicht, sie schachert, am liebsten um Posten. (S. 81)

Die Zuwanderung unserer Tage ist ökonomisch deshalb ein Problem, weil sie – anders als die Migration der Sechziger- und Siebzigerjahre – nicht mehr schnurgerade in den produktiven Kern führt, sondern oftmals an den Ausgabeschaltern des Sozialstaates endet. 65 Prozent der seit 2015 gekommenen Migranten befinden sich in keinem regulären Beschäftigungsverhältnis. Viele fristen ihr Leben in den Randzonen der Gesellschaft, wo Armut, Ausbeutung und organisierte Kriminalität einander berühren. (S. 134)

Der Sozialstaat, der mit seinen Versicherungsmathematikern, Bedürftigkeitsprüfern und Suchtberatern einen Staat im Staat unterhält, ist zu einer historischen Größe emporgeschossen. Er kassiert, verzehrt und verteilt pro Jahr rund eine Billion Euro – knapp ein Drittel des BIP 2019 –, was gemessen an der Bevölkerungsdichte unseres Landes einen Weltrekord darstellt. Wahrscheinlich der einzige Weltrekord, den wir im Bereich der Ökonomie noch halten.

Wenn das Geld der braven Steuerzahler nicht reicht, geht Vater Staat zu den Banken und bittet in unserem Namen um Nachschub. Seit auch das nicht mehr ausreicht, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, wird in Frankfurt Geld gedruckt. Die Pandemie lieferte den perfekten Vorwand, diese neue Form der Staatsfinanzierung ins Exzessive zu treiben. Die wundersame Geldvermehrung und ihre Folgen werden uns auch dann noch beschäftigen, wenn das Wort »Corona« wieder aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verschwunden ist. (S. 135)

Denn: Die mittlerweile astronomisch hohen Schulden Deutschlands von 1,9 Billionen Euro werden trotz einer zehn Jahre währenden Hochkonjunktur nicht zurückgezahlt, sondern in der staatlichen Schuldenumwälzanlage immer wieder erneuert.

Allein in den letzten 15 Jahren, die in die Verantwortung von Angela Merkel fallen, mussten seitens der Bundesrepublik für das Beschaffen und Bedienen der Kredite rund 400 Milliarden Euro aufgewendet werden. (S. 136)

Die obrigkeitstaatliche Form der Ansprache, gegen sich nicht das Parlament, wohl aber der Theatermann Frank Castorf zur Wehr setzte (»Ich möchte mir von Frau Merkel nicht sagen lassen, dass ich mir die Hände waschen muss«), Markiert einen neuen Tiefpunkt im Verhältnis der Bürger zu ihren gewählten Repräsentanten. Aus dem süßen Versprechen »Mehr Demokratie wagen« wurde ein barsches: »Haltet die Klappe«. Der Staat, der von der Idee beseelt scheint, uns vor uns selber zu schützen, greift mit eben dieser Begründung tief in das Leben seiner Bürger ein.

Er reguliert, wer, wann wie öffnen darf, in welchem Abstand wir einander begegnen, welche Geschäftsmodelle – Fliegen? Busfahren? Livekonzerte? – und welche Freizeitvergnügen – Fußball? Sauna? Karneval? – künftig noch schicklich sind.

Der kleine Mann soll nicht groß, sondern kleiner gemacht werden. (S. 149)

Die politische Klasse hat von Zukunftsgestaltung auf Selbsterhalt umgeschaltet. Ihr utopisches Feuer ist erloschen, was nicht nur an den handelnden Personen, sondern auch an den sie tragenden Strukturen liegt. Die repräsentative Demokratie mit ihren Hinterzimmern und Schleichwegen, ihren geheimen Codes und eine nicht mehr zu leugnenden kulturellen Überforderung hat den Zenit ihrer Akzeptanz überschritten. Sie kann dem Gemeinwesen keine entscheidenden Impulse mehr geben. (S. 153)

Dem Befund, dass unser heutiges Bildungssystem immer schlechtere Resultate hervorbringt, sollten wir uns nicht länger verschließen. Anders als in den Sechziger- und Siebzigerjahren gibt es immer weniger Bildungsaufsteiger; es hat sich eine Klassengesellschaft herausgebildet, die eine fatale Arbeitsteilung pflegt: Die Parteien bauen nivellierende Schulen und bekämpfen die Elitenbildung. Das gut situierte Bürgertum schüttelt leise den Kopf und schickt den eigenen Nachwuchs erst auf heimische Privatschulen und anschließend auf Spitzenuniversitäten im Ausland, schon um das Fremdsprachenniveau in Deutschland zu heben. (S. 161)

Die unbequeme Wahrheit lautet: Die bundesdeutsche Rentenformel funktioniert nicht mehr.

Die immer neuen Zuschüsse aus der Steuercasse – mittlerweile wird fast ein Drittel eines regulären Bundesetats als Subvention an die Rentenversicherung überwiesen – können das Problem kaschieren, aber sie können es niemals lösen.

Ein Staatsfonds, der die Gelder nicht von der Hand der Arbeitnehmer in den Mund der Rentner umverteilt, sondern die Sozialbeiträge wirklich aller Bürger am Kapitalmarkt investiert, verspricht in der heutigen Zeit eine funktionstüchtige Absicherung für alle. (S. 168-169)

Das Umlagesystem der Sozialversicherung war die Antwort auf die industrielle Massengesellschaft. Der kapitalgedeckte Sozialstaat ist die Antwort auf ein Wirtschaftssystem, in dem Kapital mit Kapital reagiert und die menschliche Arbeitskraft an Relevanz verliert.

Der Bürger wird durch diese Umstellung der Altersvorsorge zum kleinen großen Mann, weil er nun an der Energie des kapitalistischen Kerns direkt partizipiert. Er ist nicht mehr Antragsteller bei einer Rentenbehörde, sondern Investor.

Dass diese Utopie funktioniert, kann man in Norwegen studieren, wo der Staat bereits im Jahr 1967 damit begonnen hat, einen ersten Staatsfonds mittels Sozialabgaben finanziell auszustatten. Heute ist der norwegische Staatsfonds der größte Staatsfonds der Welt. Seine Manager – die keine Rentenexperten, sondern Kapitalmarktprofis sind – erwirtschaften regelmäßig hohe Erträge, sodass jährliche Renditen von etwa vier Prozent an die Bürger Norwegens ausgezahlt werden können. (S. 170-171)

Der Staat, der sich jetzt in allen Lebenslagen wichtigmacht, wird die Probleme niemals lösen können. Der Staat in seiner heutigen Verfasstheit ist das Problem, nicht die Lösung. (S. 186)